

# Politik brief

Mai  
2018

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.  
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



## Industrie



**Klarer Kurs  
für den  
Standort**

**Steigender Wettbewerbsdruck:** Standortqualität sichern

**Industriepolitik:** Wichtige Reformen angehen

**Energie und Klima:** „Nachhaltigkeit“ endlich ernst nehmen

**Forschungspolitik:** Im globalen Wettbewerb mithalten

**Gesundheitspolitik:** Hochwertige Versorgung sicherstellen

**Agrarpolitik:** Moderne Landwirtschaft fördern

**Steuerpolitik:** Hürden beseitigen, um Investitionen zu ermöglichen

**Handelspolitik:** Offene Märkte und internationale Regeln stärken

**Schlaglichter:** Anker des Industriestandorts

**Den starken Standort sichern:** Die Chancen des „Zeitalters 4.0“ nutzen

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 6

Seite 7

Seite 8

Seite 9

Seite 10

Seite 11

## Steigender Wettbewerbsdruck

## Standortqualität sichern

*Derzeit verschieben sich im internationalen Wettbewerb wichtige wirtschaftspolitische Parameter. So stellen die USA das globale Handelssystem infrage und setzen zunehmend protektionistische Akzente, und die Volksrepublik China forciert ihren staatlich gelenkten Wachstumskurs unter anderem durch eine starke Kontrolle ihrer Schlüsselindustrien und deren Unterstützung im internationalen Wettbewerb. Für den Standort Deutschland bedeutet das, deutlich stärker als bisher an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten.*

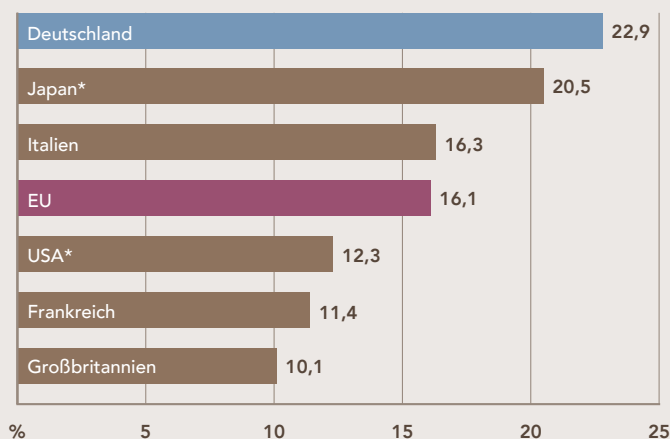
Dazu sollten zunächst der mittlerweile milliarden schwere Investitionsstau in Verkehr und Bildung sowie die unzureichende Breitbandversorgung korrigiert werden. Zudem gilt es, einen mentalen Wandel einzuleiten: Deutschland ist ein Chancenland für die hier lebenden Menschen und Unternehmen und sollte auch so wahrgenommen werden. Die Politik kann entscheidend dazu beitragen, indem sie:

- Bürokratie und Überregulierung weiter abbaut, um unnötige Kosten zu vermeiden und Investitionen zu erleichtern.

- unter anderem durch eine steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen aller Größenklassen noch mehr Innovationskraft freisetzt.
- die Energieversorgung bezahlbar und sicher gestaltet. Dazu gehört unter anderem ein alternatives Finanzierungsmodell für den Ausbau der erneuerbaren Energien.
- wirksame Maßnahmen für ein faires internationales Handelssystem und eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung trifft.

## NOCH IST DEUTSCHLAND EIN STARKES INDUSTRIELAND

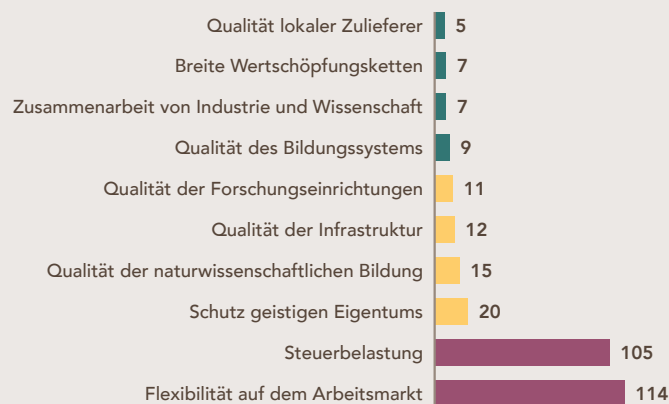
Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung, 2016 (\* 2015), in Prozent; Quelle: OECD



Im Vergleich mit anderen Industriestaaten ist Deutschland das Land mit dem höchsten Anteil an der Bruttowertschöpfung: Die Industrie trägt hierzulande 22,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei – das ist ein Drittel mehr als im EU-Durchschnitt.

## STÄRKEN UND SCHWÄCHEN AM STANDORT DEUTSCHLAND

137 Länder im Vergleich, 2017; bester Platz = 1, schlechtester Platz = 137; Quellen: Weltwirtschaftsforum, VCI



Zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland gehören insbesondere die Qualität der lokalen Zulieferer und die Breite der Wertschöpfungsketten. Deutliche Schwächen gibt es dagegen bei der Steuerbelastung und der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.

## Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/chemieverband](http://www.twitter.com/chemieverband)

[www.facebook.com/chemieverbandVCI](http://www.facebook.com/chemieverbandVCI)

## Weiterführende Informationen:

► [www.vci.de/politikbrief](http://www.vci.de/politikbrief)

► [www.vci.de/chemie40](http://www.vci.de/chemie40)

► [www.chemiehoch3.de](http://www.chemiehoch3.de)

## Industriepolitik

# Wichtige Reformen angehen

**Zu Recht will die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag wichtige industriepolitische Projekte wie das „Bündnis Zukunft der Industrie“ und den Branchendialog mit der Chemie fortführen. Dieser strukturierte Austausch kann wichtige Reformen anstoßen und begleiten.**

Insbesondere in folgenden Bereichen sieht die Chemie Handlungsbedarf:

### Klimapolitik

Die Auswirkungen des Klimawandels fordern die Welt heraus. Unnötige nationale Alleingänge und starre Gesetzespakete liefern darauf jedoch keine passenden Antworten. Dem Klimaschutz dienlich wäre ein möglichst internationaler Ansatz. Zudem müssen auch die Sektoren Verkehr und Gebäude stärker zur Erfüllung von Klimaschutzziele herangezogen werden. Industrie und Energie sind bereits streng geregelt.

### Energiepolitik

Seit Jahren steigen die Kosten der Energieversorgung für private und gewerbliche Verbraucher. Eine wirkungsvolle Kostenbremse wird immer dringlicher – zuvorderst sollte der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien künftig über den Bundeshaushalt statt über die EEG-Umlage finanziert werden.

### Forschungspolitik

Derzeit investiert Deutschland fast 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Bis 2025 sollen es 3,5 Prozent werden. Damit dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden kann, brauchen forschende Unternehmen aller Größenklassen zusätzliche Anreize – insbesondere in Form der lange versprochenen steuerlichen Forschungsförderung.

### Agrarpolitik

Nur eine moderne Landwirtschaftspolitik kann die weltweiten Ernährungsgrundlagen dauerhaft sichern. Dazu sollten nachhaltige und innovative Methoden, auch aus der Bioökonomie und den Life Sciences, stärker als bisher in Betracht gezogen werden.

### Digitalisierung

Zurzeit wandeln sich ganze Lebensbereiche und Wertschöpfungsketten. Neue Geschäftsmodelle und Technologien sind Treiber dieser Entwicklung. Sie sollten unter anderem durch angemessene Wagniskapitalförderung für Start-ups unterstützt werden. Weiterhin muss flächendeckendes Breitband-Internet sichergestellt werden, und es gilt, rechtliche Unklarheiten beim Datenschutz zu beheben, damit Innovationspotenziale erschlossen werden.

### Gesundheitspolitik

Deutschland gehört traditionell zu den wichtigsten und forschungstärksten Pharmastandorten der Welt. Die Bundesregierung sollte diese Stärke bewahren und fördern, indem sie eine ausreichende Vergütung von innovativen Arzneimitteln und Therapien sicherstellt.

### Steuerpolitik

Mehr denn je konkurriert das deutsche Steuersystem mit anderen Standorten, beispielsweise den USA und Großbritannien. Umso wichtiger ist eine maßvolle Unternehmensbesteuerung, die Raum für Investitionen lässt.

### Verkehrspolitik

Marode Brücken und sanierungsbedürftige Straßen gefährden die Logistik und Handlungsfähigkeit deutscher Unternehmen. Der über Jahre angewachsene eklatante Investitionsstau ist dringend zu beheben.

### Rechtspolitik

Die Wirtschaft braucht klare und einfache Genehmigungsverfahren und einen praktikablen Rechtsrahmen mit möglichst geringem Bürokratieaufwand.

### Handelspolitik

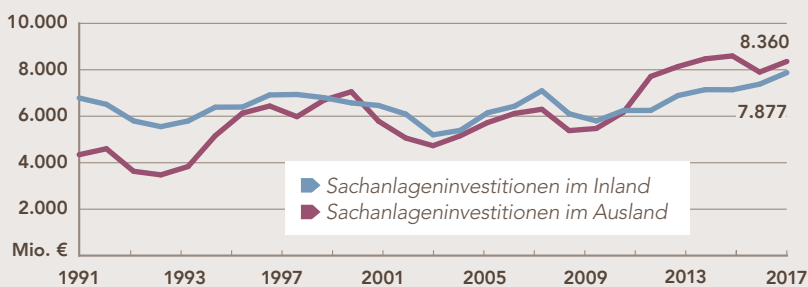
Deutschland ist eine erfolgreiche Exportnation und muss das auch bleiben. Protektionistischen Tendenzen sollte entschieden entgegengetreten werden. Die Beziehungen zu wichtigen Absatzmärkten sollten gewahrt und ausgebaut, internationale Handelsregeln im Sinne fairen Wettbewerbs weiterentwickelt werden.

### Umweltpolitik

Der Schutz von Mensch und Umwelt sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen sollten weniger durch einseitige Regulierung durchgesetzt als vielmehr gemeinsam mit den Unternehmen weiterentwickelt werden.

### AUSLANDSINVESTITIONEN ÜBERSTIEGEN INVESTITIONEN IM INLAND

Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemieindustrie im In- und Ausland, 1991-2017, in Mio. Euro; Quellen: Destatis, VCI



Die Chemie investiert jährlich Milliardenbeträge in ihre Standorte. Wegen der Standortsschwächen in Deutschland wird das Ausland jedoch zunehmend attraktiver. Die Politik kann mit industriepolitischen Reformen gegensteuern.

## Energie- und Klimapolitik

# „Nachhaltigkeit“ endlich ernst nehmen

**Union und SPD verpflichten sich zu einer „klimaverträglichen, sicheren und bezahlbaren“ Energieversorgung. Ein solches Bekenntnis zu allen drei Dimensionen einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik fand sich bereits in den Koalitionsverträgen 2005 und 2013 – ohne, dass Kostensteigerungen verhindert wurden.**

Der nun geplante höhere und schnellere Ausbau der Erneuerbaren bis 2030 wird die EEG-Umlage nach dem heutigen System weiter deutlich erhöhen. Allein die geplanten Sonderausschreibungen für 2019 und 2020 von mindestens 8 Gigawatt Photovoltaik und Windkraft werden die EEG-Kosten um schätzungsweise 760 Millionen Euro pro Jahr erhöhen, wenn die Anlagen dann gebaut sind. Angesichts dessen ist eine Neuausrichtung der deutschen Energie- und Klimapolitik unerlässlich, die der Industrie eine langfristige Perspektive am Standort gibt:

### Kostenbremse ziehen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nach wie vor nicht marktwirtschaftlich organisiert. Die weitere Förderung sollte so marktnah wie möglich ausfallen, zum Beispiel in Form einer festen statt einer gleitenden Marktprämie. Zudem sind die Folgekosten für den Infrastrukturausbau einzudämmen.

### Finanzierung umstellen

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Künftige Erneuerbare-Energien-Anlagen sollten daher nicht mehr über die EEG-Umlage, sondern über den Bundeshaushalt finanziert werden. Nur die bereits bestehenden Anlagen würden weiterhin über den Umlagemechanismus gefördert. So könnte die Kostenbelastung durch die EEG-Umlage in 20 Jahren auf 0 Cent sinken.

### Folgekosten eindämmen

Für den Ausbau der Erneuerbaren müssen auch neue Leitungen gelegt werden. Dafür sind schätzungsweise rund 50 Milliarden Euro nötig. Angesichts dieses enormen Betrags sind Netzkosten und -entgelte möglichst effizient zu gestalten. Dazu sollten kostentreibende Netz- und System-sicherheitsmaßnahmen wie Redispatch und Einspeisemanagement durch eine zügige Ertüchtigung der Stromnetze eingedämmt werden.

### Starre Vorgaben vermeiden

Der Koalitionsvertrag sieht ein Klimaschutzgesetz und einen vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung vor. Bei der Ausgestaltung sollte auf ausreichende Flexibilität geachtet werden.

### Betroffene Industrien einbeziehen

Die Bundesregierung will in einer Kommission Maßnahmen erarbeiten, wie die Lücke beim Klimaschutzziel 2020 noch stärker geschlossen und das für 2030 sicher erreicht werden kann. Damit dabei Wirtschaftlichkeit, Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet sind, ist die Expertise der energieintensiven Industrien unerlässlich.

### Unnötige Alleingänge unterlassen

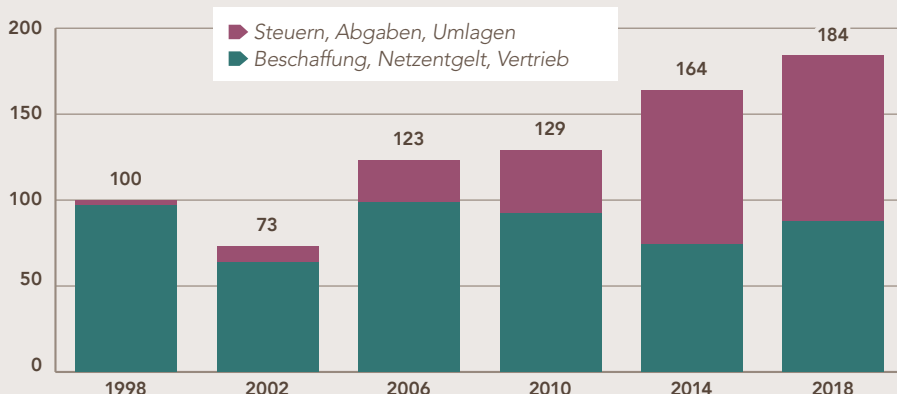
Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und kann auch nur als solche bewältigt werden. Nationale Alleingänge im Bereich der Industrie, die im globalen Wettbewerb steht, provozieren nur Produktionsverlagerungen ins Ausland und bringen für den Klimaschutz nichts.

### Kein Carbon Leakage

Um eine Abwanderung energieintensiver Industrien zu verhindern, erlaubt die EU eine Strompreiskompensation auf nationaler Ebene. Bei der anstehenden Neufassung der EU-Beihilferegeln sollte auf eine degressive Ausgestaltung verzichtet werden. Zudem sollten alle potenziell betroffenen Sektoren zum Begünstigtenkreis gehören und zumindest die stromintensiven eine vollumfängliche Kompensation erhalten.

## STROMPREISE AUF REKORDHÖHE

Entwicklung der Strompreise für die Industrie\*, 1998-2018 (indexiert, 1998 = 100 %)  
Quelle: BdEW



In den vergangenen 20 Jahren pendelten die Kosten für Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb von Industriestrom um ein in etwa gleichbleibendes Niveau. Die Kosten für Steuern, Abgaben und Umlagen dagegen stiegen erheblich: 1998 machten sie gerade einmal 2 Prozent der Gesamtkosten aus, heute ist es mehr als die Hälfte.

\*mittelspannungsseitig versorgte Industrie, inklusive Stromsteuer; Jahresverbrauch von 160 bis 20.000 MWh

## Forschungspolitik

# Im globalen Wettbewerb mithalten

**Forschung und Entwicklung (FuE) finden zunehmend außerhalb Europas statt. Besonders Asien holt bei der Innovationspolitik auf: Allein die Volksrepublik China hat im vergangenen Jahr ihre FuE-Ausgaben um 14 Prozent erhöht – auf umgerechnet 226 Milliarden Euro. Das ist mehr als doppelt so viel wie hierzulande. Wenn Deutschland im globalen Wettlauf gegen eine solche „Forschungssupermacht“ mithalten möchte, muss die Politik gegensteuern. Der Koalitionsvertrag bietet bereits vielversprechende Ansätze.**

Zu den derzeit wichtigsten innovationspolitischen Projekten gehört die High-tech-Strategie der Bundesregierung. Sie gibt wesentliche Zielsetzungen für Zukunftsbranchen wie die Biotechnologie oder für die Arzneimittelforschung vor und soll zu Recht fortgeführt werden. Doch sie allein wird nicht ausreichen, um das von der Bundesregierung bis 2025 selbstgesteckte Ziel zu erreichen, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren. Um es zu realisieren, empfiehlt die Chemie- und Pharma-Industrie folgende Maßnahmen:

### Steuerliche Forschungsförderung

► Dieses in anderen OECD-Ländern bereits etablierte Instrument würde die FuE-Ausgaben der Unternehmen merklich steigern und zudem zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen führen. Sie sollte allen forschenden Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, und zusätzlich zur Projektförderung gewährt werden.

### Innovations-Check

► Politische Regelwerke sollten Innovationen unterstützen und nicht unnötig behindern. Bestehende und künftige Gesetze sollten deshalb stets hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Innovationskraft überprüft werden. Dies gilt insbesondere bei der Regulierung neuer Technologien.

### Anreize für Wagniskapital

► Start-ups sind wichtige Taktgeber im Innovationswettbewerb. Hierzulande fehlt es allerdings oftmals an der nötigen Anschubfinanzierung. Bessere Anreize für Wagniskapitalgeber, zum Beispiel große Industrieunternehmen, könnten hier relativ leicht Abhilfe schaffen.

### Mehr Akzeptanz

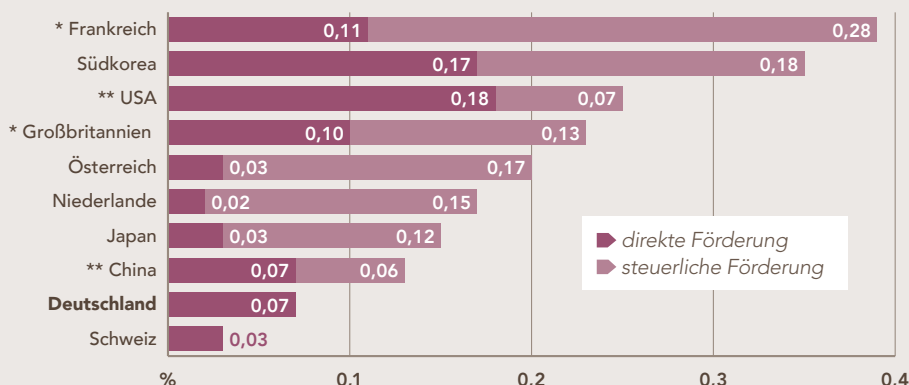
► Neue Technologien sind mitunter erklärungsbedürftig. Nur im konstruktiven Dialog mit den Bürgern können deren Fragen diskutiert und somit viele Bedenken ausgeräumt werden, bevor die öffentliche Debatte zu stark auf potenzielle Risiken fokussiert. Durch zusätzliche Bildungsangebote sollte zudem das Verständnis für Naturwissenschaften und Techniken gefördert werden – angefangen schon bei den Kleinsten.

### Innovationen brauchen kluge Köpfe

Bereits seit 1950 unterstützt die deutsche Chemie-Industrie den Nachwuchs an Schulen und Universitäten. Allein im Rahmen der „Schulpartnerschaft Chemie“ stellte der „Fonds der Chemischen Industrie“ von 2015 bis 2018 rund 7,5 Millionen Euro für spannenden Experimentierunterricht bereit. Das Engagement ist jedoch kein Ersatz für eine ambitionierte Bildungspolitik: Die Bundesregierung sollte in die MINT-Fächer investieren und die Spitzenforschung wettbewerbsorientiert fördern.

## DEUTSCHE FORSCHUNG HAT DAS NACHSEHEN

Anteil der FuE-Ausgaben im Wirtschaftssektor, der direkt und indirekt durch den Staat unterstützt wird, als Anteil am BIP, 2015 (\* 2014, \*\* 2013); Quellen: OECD, VCI



Zahlreiche Staaten fördern Innovationsleistungen über Steuernachlässe. Hierzulande gewährt die Bundesregierung jedoch nur Unterstützung für Projektmittel – mit der Folge, dass Deutschland im globalen Innovationswettbewerb an Boden verliert.

## Gesundheitspolitik

# Hochwertige Versorgung sicherstellen

**Dank einer Vielfalt an wirksamen und sicheren Medikamenten lassen sich heute viele Krankheiten vorbeugen, lindern oder gar heilen. Darüber hinaus stiften sie weiteren Nutzen, indem sie Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalte und Pflegebedürftigkeit verringern und damit Sozialbeiträge sichern. Dass die Lebensqualität vieler Menschen steigt, ist auch der deutschen Pharmabranche mit ihren rund 116.000 Mitarbeitern zu verdanken, die zuletzt einen Umsatz von rund 48 Milliarden Euro erwirtschafteten.**

Zu den Stärken des deutschen Pharmastandorts gehören die gute Qualifikation der Mitarbeiter, die Vernetzung von Wissenschaft und Forschung und die jahrzehntelange Expertise in Forschung und Produktion. All das führt zu wichtigen Therapiefortschritten in Form neuer Arzneimittel. Um das auch in Zukunft leisten zu können, braucht die Branche starke Partner, etwa in Gewerkschaften und Politik. Und sie braucht Gesprächsplattformen wie den geplanten Pharmadialog der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien.

Gute Rahmenbedingungen auf dem deutschen Heimatmarkt sind für die oft global aufgestellten Unternehmen

wesentlich. Ein positives Beispiel ist die schnelle Markteinführung hierzulande. Durch sie ist der sofortige Zugriff auf innovative und dringend nötige Behandlungsalternativen ab dem Zeitpunkt der Zulassung gesichert. Um die Leistungskraft der Branche weiter zu stärken, sollte die Politik:

## einen Innovations-Check einführen

■ Gesetzliche Fürsorge ist gerade in der Gesundheitsversorgung unerlässlich. Gleichwohl sollten Vorschriften Forschungsleistungen nicht ausbremsen. Um Fehlentwicklungen zulasten der Patienten zu vermeiden, sollten alte und neue Gesetze deshalb auf negative Auswirkungen überprüft werden.

## Patente und Schutzzertifikate sichern

■ Derzeit stellt die EU die Schutzrechte für Pharmaunternehmen infrage. Diese sind allerdings unerlässlich, damit sich deren oft jahrelange Investitionen überhaupt rechnen und der Anreiz zum Forschen besteht. Die geltenden Standards haben sich bewährt und sollten erhalten bleiben. Industriepolitische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind zu begrüßen, sollten aber ohne negative Auswirkungen auf die Innovationskraft und den Produktionsstandort Europa getroffen werden.

## einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen

■ Pharma-Unternehmen stellen sich vielfältigen Herausforderungen. Grundlage für entsprechende Erfolge sind entweder komplett neue Therapieformen oder die Fortentwicklung bestehender Verfahren. Beides sollte unterstützt werden. Zudem sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch generische Arzneimittel zu einer nachhaltigen Gesundheitsversorgung gehören.

## Finanzierung erleichtern

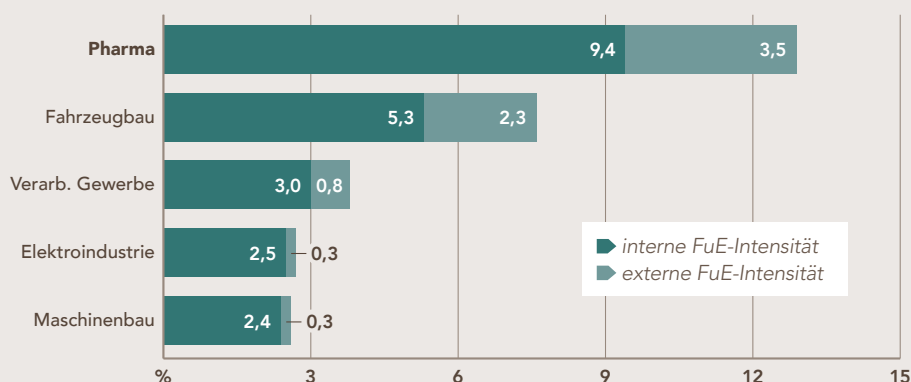
■ Hochdynamische Wirtschaftsbereiche wie Pharma und Biotechnologie investieren Milliarden in Forschung und Entwicklung. Damit sie dazu langfristig in der Lage sind, brauchen sie zusätzliche Anreize – zum Beispiel über mehr Wagniskapital und eine steuerliche Forschungsförderung.

## das Preismoratorium abschaffen

■ In keiner anderen Branche werden die Preise für 13 Jahre eingefroren – und das bei steigenden Produktionskosten und Auflagen. Vor allem die Weiterentwicklung von Arzneimitteln ist durch die Preisdeckelung oft nicht realisierbar. Hier werden insbesondere die standortorientierten Unternehmen überproportional getroffen und Innovationspotenziale unnötig aufs Spiel gesetzt.

### INNOVATIONSKRAFT: PHARMA FÜHREND

Anteil der internen bzw. externen FuE-Aufwendungen am Umsatz in Prozent, 2016;  
Quellen: Stifterverband, VCI



2016 betrug die Ausgaben der Pharmahersteller für Forschung und Entwicklung rund 6,5 Milliarden Euro. Das entsprach fast 13 Prozent des Umsatzes – deutlich mehr als in anderen Wirtschaftszweigen.



## Agrarpolitik

# Moderne Landwirtschaft fördern

**Bis zur Mitte des Jahrhunderts steigt die Weltbevölkerung von derzeit 7,6 auf voraussichtlich 10 Milliarden Menschen. Sie können nur durch entsprechend höhere landwirtschaftliche Erträge versorgt werden. Um den steigenden Bedarf zu decken, sind innovative Methoden unerlässlich. Die neue Bundesregierung erkennt das an – nun gilt es, strukturelle Hemmnisse konsequent anzugehen.**

Die Zulassung neuer Pflanzenschutzmittel braucht hierzulande in der Regel länger als nötig. Bislang sind die Fristen der EU-Pflanzenschutzverordnung in Deutschland noch nie eingehalten worden. Den Schaden haben nicht nur die Hersteller, deren Produktvermarktung unter diesen Verzögerungen leidet, sondern auch die Landwirte, die gegenüber ihren europäischen Nachbarn im Wettbewerbsnachteil sind. Um diesen Missstand aufzuheben und den richtigen Rahmen für eine moderne Landwirtschaft zu setzen, will die Bundesregierung eine personelle Aufstockung der Zulassungsbehörden vornehmen. Zusätzlich empfiehlt der VCI:

## Zulassung beschleunigen

- Hauptgrund für den Zulassungstau in Deutschland sind strukturelle Defizite.

Vier Behörden und zwei Bundesministerien sind bislang involviert. Diese Mehrfachstrukturen müssen dringend einem effizienteren Verfahren weichen. Künftig sollte es nur noch eine, dem Landwirtschaftsministerium unterstellte Zulassungsbehörde geben.

## Wissenschaftlichen Kriterien folgen

- Zu oft werden Entscheidungen nach politischen Opportunitäten statt anhand wissenschaftlicher Kriterien getroffen. Die Diskussion um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist ein Präzedenzfall für die zahlreichen Mängel im Pflanzenschutzrecht. Damit die Unternehmen einen verlässlichen Planungsrahmen erhalten, sollten die europäische Harmonisierung der Zulassungsverfahren sowie Effizienz und Innovationen in den Fokus rücken. Auch die von der Bundesregierung geplante „Minderungsstrategie“ für den Einsatz von Glyphosat sollte auf Basis rein wissenschaftlicher Kriterien erfolgen.

## Geeignete Prüfanforderungen festlegen

- Zwischen 1995 und 2014 haben sich die Kosten für Entwicklung und Markteinführung eines Pflanzenschutzwirkstoffs fast verdoppelt. Das liegt auch an zum Teil realitätsfernen Testverfahren.

So sieht eine Leitlinie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für den Feldversuch eines Insektizids eine Fläche von 448 Quadratkilometern vor – das entspricht fast der doppelten Größe der Stadt Frankfurt am Main. Die Bundesregierung sollte auf EU-Ebene gegen derartige Absurditäten vorgehen.

## Perspektive Digitalisierung

Mithilfe modernster Technologien wie zum Beispiel GPS-gesteuerten Drohnen und per Autopilot gesteuerten Landmaschinen können Pflanzenschutzmaßnahmen bereits heute möglichst schonend und effizient durchgeführt werden. Zukunftsweisend ist auch die derzeitige Entwicklung einer digitalen Spritztechnik, bei der Kulturpflanzen von Unkräutern unterschieden werden und so das Pflanzenschutzmittel ausschließlich auf die gewünschte Fläche gebracht werden kann.

## VERFÜGBARE ACKERFLÄCHE PRO KOPF GEHT ZURÜCK

Weltbevölkerung und Ackerfläche pro Kopf, 1960-2010; Quelle: FAO

1960



3 Mrd. Menschen



4.300 m<sup>2</sup>

2010



6,9 Mrd. Menschen



2.100 m<sup>2</sup>

Seit 1960 hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt und die pro Kopf verfügbare Ackerfläche halbiert. Um eine angemessene Lebensmittelversorgung für immer mehr Menschen sicherzustellen, sind breite Ertragssteigerungen mithilfe moderner Agrarchemie unerlässlich.

## Steuerpolitik

# Hürden beseitigen, um Investitionen zu ermöglichen

**Steuerpolitik ist Standortpolitik – dieser Grundsatz gilt angesichts des zunehmenden internationalen Steuerwettbewerbs mehr denn je. Unter anderem die USA setzen Instrumente um, die ihre heimischen Unternehmen für den weltweiten Wettbewerb stärken und ausländische Investitionen anziehen sollen. Auch die chinesische Regierung beschloss Anfang des Jahres mit ähnlicher Zielsetzung Steuer-senkungen. Deutschland dagegen ist ein Hoch-Steuerland und gerät zunehmend ins Hintertreffen.**

Bundesweit sind die gewerbsteuerlichen Hebesätze in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. In Gemeinden mit 50.000 Einwohnern und mehr liegt die Steuerbelastung für die Kapitalgesellschaften allein auf Unternehmensebene längst deutlich über 30 Prozent. Damit gehört Deutschland weltweit zum Kreis der Hochsteuerländer. Hier muss die Bundesregierung dringend gegensteuern. Deutsche Unternehmen leben nicht auf einer Insel, sondern fallen durch die bisherige steuerpolitische

Passivität im Steuerwettbewerb immer weiter zurück.

Die im Koalitionsvertrag festgelegte steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung weist bereits in die richtige Richtung. Doch braucht der Investitionsstandort Deutschland weitere strukturelle Reformen:

### Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

► Großbritannien, China und die USA zeigen derzeit, dass niedrige Unternehmensteuersätze eine hohe Wirkung auf Investitionsentscheidungen haben. Gerade in Deutschland, wo Gewerbetreibende aktuell eine Steuerbelastung von fast 140 Milliarden Euro tragen, sind entsprechende Anpassungen überfällig – zumal die Steuereinnahmen aufgrund der aktuell positiven Konjunkturlage auf Rekordniveau liegen und Spielräume für strukturelle Reformen ermöglichen.

### Doppelbesteuerung vermeiden

► Mit dem sogenannten BEPS-Standard wollen OECD und G20 Steuerschlupflöcher schließen. Das Vorhaben darf

allerdings nicht zu Doppelbesteuerung führen. So sind zahlreiche BEPS-Regelungen bereits im deutschen Steuerrecht verankert, etwa beim Zinsabzug.

### Solidaritätszuschlag abschaffen

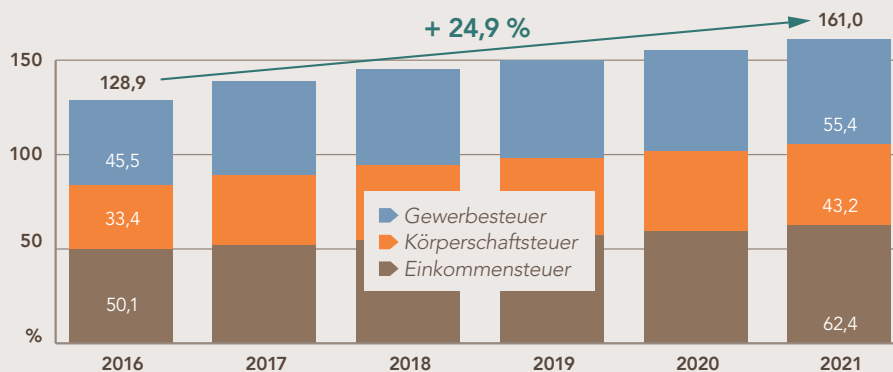
► Ende 2019 läuft der Solidarpakt zum Aufbau der „neuen“ Bundesländer aus. Dann ist auch der Solidaritätszuschlag nicht mehr zu rechtfertigen. Statt diese Sondersteuer nur für kleine und mittlere Einkommen abzuschmelzen, sollte die Bundesregierung diesen Zuschlag wie ursprünglich zugesichert endlich vollständig abschaffen.

### Zukunftsweisende Geschäftsmodelle fördern

► Die EU-Kommission will Digitalunternehmen stärker besteuern. Das Vorhaben zielt vordergründig auf internationale Großkonzerne wie Apple oder Amazon, würde aber auch innovative Mittelständler quer durch Europa treffen. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, zukunftsfähige Geschäftsmodelle eher konstruktiv zu fördern statt sie zu behindern.

## DER STEUERBEITRAG DER WIRTSCHAFT STEIGT STETIG

Steuerbelastung von Gewerbebetrieben, 2016-2021, in Milliarden Euro;  
Quellen: VCI, BDI



Die deutsche Wirtschaft wendet immer mehr für Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer auf. So werden die Unternehmen 2021 voraussichtlich fast 25 Prozent mehr Steuern in die Staatskassen einzahlen als noch 2016.



## Handelspolitik

# Offene Märkte und internationale Regeln stärken

**Deutschland exportiert chemische und pharmazeutische Erzeugnisse im Wert von mehr als 190 Milliarden Euro und ist damit seit Jahren Exportweltmeister. Die Branche macht 60 Prozent ihres Gesamtumsatzes mit Kunden aus dem Ausland. Viele Unternehmen sind Teil internationaler Wertschöpfungsketten und stehen damit exemplarisch für die erfolgreiche Exportnation Deutschland. Entsprechend bedrohlich sind aktuelle Tendenzen zu mehr Protektionismus, zur Abwendung von internationalen Regelsystemen und zu wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen.**

Für die exportstarke deutsche Industrie trübt sich das handelspolitische Umfeld derzeit ein: Während zum Beispiel China seinen Pfad der graduellen Liberalisierung wieder zu verlassen scheint und offensiv geopolitische Interessen verfolgt, provozieren die USA Handelskonflikte mit dem Rest der Welt. Auch die bisher guten Handelsbeziehungen der EU geraten dadurch in Gefahr. Der VCI unterstützt deshalb nachdrücklich eine Handelspolitik, die auf offene Märkte, fairen Wettbewerb und ein internationales Regelwerk setzt:

## WTO stärken

■ Nach wie vor ist die Welthandelsorganisation das wichtigste handelspolitische Forum – und sollte es auch bleiben. Die EU sollte gemeinsam mit den großen Handelsnationen USA und China darauf hinwirken, dass deren Regelwerk eingehalten und konstruktiv weiterentwickelt wird.

## Protektionismus entgegenwirken

■ Protektionistische Maßnahmen bergen das Risiko sich gegenseitig verstärkender Handelsbeschränkungen – es droht eine Abwärtsspirale, in der alle verlieren. Bundesregierung und EU sollten deshalb sowohl in der WTO und bei G20-Runden als auch in bilateralen Gesprächen stets für Mäßigung, Offenheit und fairen globalen Wettbewerb eintreten.

## EU-Interessen geschlossen vertreten

■ Handelspolitik ist Kompetenz der EU. Sie und ihre Mitglieder sollten geschlossen auftreten, um mit den USA und China auf Augenhöhe verhandeln zu können. Zudem ist zu prüfen, ob in der EU institutionelle Veränderungen erforderlich werden, um entsprechend ihres ökonomischen Gewichts agieren zu

können. Nationale Alleingänge schwächen Europa.

## Neue Abkommen abschließen

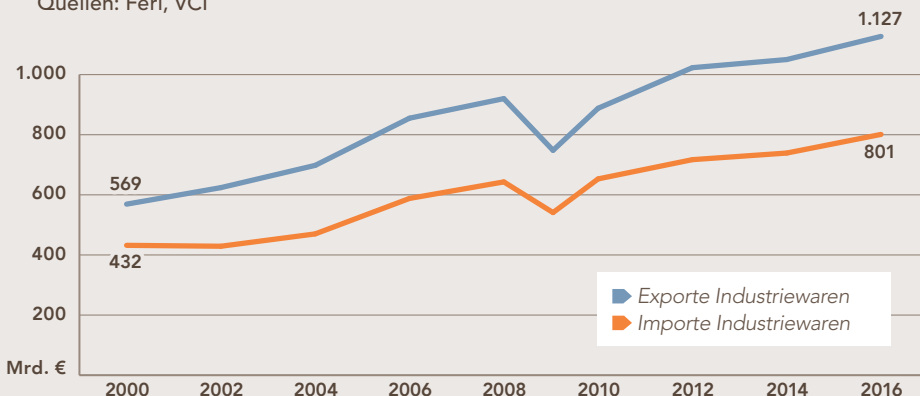
■ Mit dem Politikwechsel in den USA verliert die EU ihren bisher wichtigsten Partner für Handelsliberalisierung und multilaterale Regelsetzung. Wo diese in der WTO zu langwierig werden, sollte Europa bilaterale Abkommen vorantreiben. Um nun einen möglichst reibungslosen Abschluss der angestrebten neuen Abkommen mit Drittstaaten zu gewährleisten, sollte die Ratifizierung ausschließlich über die EU-Institutionen erfolgen. Es gilt, Unsicherheiten und Vertrauensverluste bei den potenziellen Partnern zu vermeiden.

## Dialog mit China führen

■ Die Volksrepublik hat bei ihrem Aufstieg von der Integration in die Weltwirtschaft profitiert und sollte nun die ihrer globalen Bedeutung angemessene Rolle übernehmen. Dazu gehören eine weitere handelspolitische Öffnung, faire Wettbewerbsbedingungen und die konstruktive Mitarbeit bei der Entwicklung neuer Regeln. Die EU sollte diesen Prozess im Dialog einfordern und unterstützen.

## DEUTSCHE INDUSTRIE IST INTERNATIONAL VERWOBEN

Außenhandelsbilanz des Verarbeitenden Gewerbes, 2000-2016, in Milliarden Euro;  
Quellen: Feri, VCI



Die deutsche Industrie ist international aufgestellt. 2016 lag der Exportüberschuss der Unternehmen bei mehr als 300 Milliarden Euro. Handelskonflikte würden sie entsprechend stark treffen.

**Schlaglichter der chemisch-pharmazeutischen Industrie**

# Anker des Industriestandorts

**DEUTSCHLANDS DRITTGRÖSSTER INDUSTRIEZWEIG (2016)**

► Umsatzanteil Automobilbau	<b>22,7%</b>
► Umsatzanteil Maschinenbau	<b>13,4%</b>
► <b>Umsatzanteil Chemie</b>	<b>10,3%</b>
► Umsatzanteil Ernährung	<b>9,6%</b>
► Umsatzanteil Elektrotechnik	<b>9,4%</b>

**MITTELSTAND DOMINIERT DIE CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE (2015)**

► Kleine und mittlere Unternehmen (10 bis 499 Mitarbeiter)	<b>93%</b>
► Großunternehmen (500 und mehr Mitarbeiter)	<b>7%</b>

**INVESTITIONEN AUF REKORDNIVEAU (2017)**

► Sachanlageinvestitionen im Inland	<b>7,9 Mrd. €</b>
► Sachanlageinvestitionen im Ausland	<b>8,4 Mrd. €</b>

**MIT DER WELTWIRTSCHAFT ZUNEHMEND VERWOBEN**

► Exportvolumen, 2000	<b>76,6 Mrd. €</b>
► Exportvolumen, 2017	<b>190,4 Mrd. €</b>
<b>Veränderung</b>	<b>+ 148,6%</b>
► Importvolumen, 2000	<b>52,7 Mrd. €</b>
► Importvolumen, 2017	<b>132,3 Mrd. €</b>
<b>Veränderung</b>	<b>+ 151,0%</b>

**DIE CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE IST EIN INNOVATIONSTREIBER**

► Ausgaben für Forschung und Entwicklung, 2000	<b>7,1 Mrd. €</b>
► Ausgaben für Forschung und Entwicklung, 2016	<b>10,5 Mrd. €</b>
<b>Veränderung</b>	<b>+ 47,9%</b>

### Den starken Standort sichern

## Die Chancen des „Zeitalters 4.0“ nutzen

**Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist ein wichtiger Pfeiler des Industriestandorts Deutschland. Sie trägt mit ihren Produkten und Lösungen maßgeblich zu Wohlstand und Stabilität bei. Gleichwohl verändert sich das Umfeld der Unternehmen rasant. Der internationale Wettbewerbsdruck nimmt zu. Die vierte industrielle Revolution hat bereits begonnen, und nachhaltiges Wirtschaften gewinnt an Bedeutung.**

Die Unternehmen stellen sich dieser Herausforderung. Sie begreifen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und zirkuläre

Wirtschaft als Chance. Sie beabsichtigen, in den kommenden Jahren umfangreich in Digitalisierungsprojekte und neue nachhaltige Geschäftsmodelle zu investieren. Hinzu kommen jährlich Milliardenbeträge für die Entwicklung innovativer Lösungen für eine zirkuläre Wirtschaftsweise. Um langfristig erfolgreich zu sein, verändert die Branche Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle grundlegend. Eine neue Entwicklungsphase der Branche hat begonnen – die Ära „Chemie 4.0“.

Zudem unterstützt die Nachhaltigkeitsinitiative Chemie<sup>3</sup> Fortschritte in den

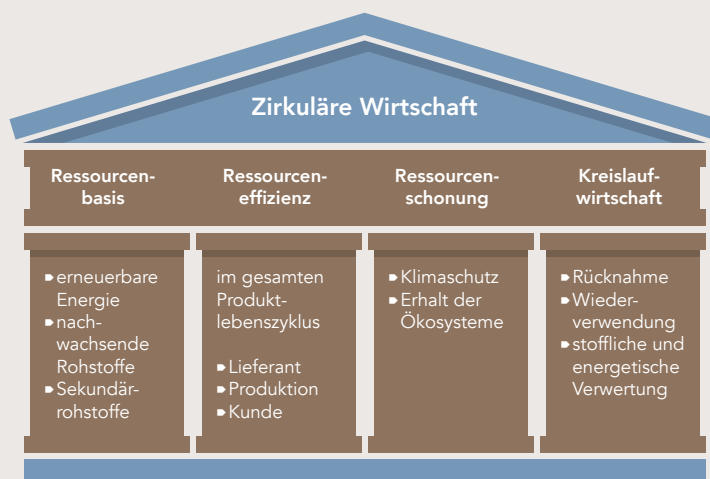
Betrieben. Dies stärkt die Position der Branche als Schlüsselindustrie für eine nachhaltige Entwicklung. Doch auch die Politik ist gefragt. Damit aus innovativen Ideen rasch marktfähige Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle werden, benötigen die Unternehmen verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Denn der Wandel gelingt am besten in einem politischen und regulatorischen Umfeld, das neue Produkte, Dienstleistungen und Investitionen fördert und nicht behindert. Nur so bleibt Deutschland langfristig ein attraktiver Standort.

### DIGITALE TRANSFORMATION DER CHEMIE



Die Verknüpfung von digitalen Dienstleistungen mit Produkten ist der Schlüssel für zusätzliche Wertschöpfung. Die deutsche Chemie plant, in den nächsten Jahren erheblich in Digitalisierungsprojekte und neue digitale Geschäftsmodelle zu investieren.

### CHEMIE: INNOVATIONSMOTOR EINER ZIRKULÄREN ZUKUNFT



Das Konzept einer zirkulären Wirtschaft geht über klassisches Recycling hinaus: Es schließt alle Maßnahmen ein, die das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch endlicher Ressourcen entkoppeln, und hat starken Einfluss auf Produktportfolios und Geschäftsmodelle.

### Ihre Ansprechpartner

**Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro** Norbert Theihs  
**E-Mail** theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12  
**Leiter VCI-Europabüro** Attila Gerhäuser  
**E-Mail** gerhaeuser@bruessel.vci.de  
**Telefon** +32 (0)2 54806-90

### Impressum Politikbrief

**Herausgeber** Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),  
 Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0  
**Verantwortlich** Jenni Glaser  
**Redaktionsschluss** 3. Mai 2018  
**Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE  
 Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.